



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/11 - 14.1.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 089890

Der gedrosselte Suchdienst	S. 1
Amerikanische und russische Verhandlungsmethoden	S. 4
Konfessioneller Richter-Test ?	S. 6

Sparsamkeit am falschen Platz

Von Pfarrer Hans Merten, MdB.

Niemand wird der Bundesregierung und ihrem Finanzminister einen Vorwurf daraus machen, wenn sie auf eine sparsame Haushaltsführung achten und allen unnötigen Ausgaben der öffentlichen Hand oder einer Aufblähung des bürokratischen Apparates der Verwaltung den Kampf ansagen. Der dem Bundestag in diesen Tagen vorgelegte Haushaltsplan des Bundes für das Haushaltsjahr 1954 läßt jedoch erkennen, daß dieser Wille zur Sparsamkeit sich in einigen Fällen am völlig falschen Platz ausgewirkt hat. Insbesondere gilt das für die Geldmittel, die der Bund dem Suchdienst zur Verfügung stellt. Hier ist eine empfindliche Kürzung der Mittel vorgesehen, die den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes genötigt hat, 75 Mitarbeitern zum 31. März 1954 zu kündigen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die Arbeit des Suchdienstes ganz erheblich eingeschränkt werden muß. Wenn als Kommentar zu dieser Einsparung dann noch erklärt wird, daß die Arbeit des Suchdienstes als ein "auslaufendes Projekt" anzusehen sei, dann kann man nur erschrecken vor der Verstandnislosigkeit, mit der man dieser Arbeit gegenübersteht.

Das Schicksal von zwei Millionen in völligem Dunkel

Nach dem ersten Weltkrieg betrug die Zahl der Vermissten nur einen Bruchteil der heutigen Zahlen und die Behörden verfügten über genaue und gut geführte Archive des Heeres und der Marine. Insgesamt mußten 1918 die Schicksale von 21000 Soldaten aufgeklärt werden, die als vermißt galten. Eine "Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene" und ein "Zentralnachweisamt für Kriegsverluste" nahmen die Nachforschungstätigkeit auf und wurden im Haushalt des Reiches mit Geldmitteln ausgestattet, die ein Vielfaches von dem ausmachten, was heute für diese Arbeit

zur Verfügung steht. Dabei ist die Arbeit heute wesentlich schwieriger als damals. Die deutschen Unterlagen über die Soldaten des zweiten Weltkriegs sind entweder vernichtet oder befinden sich im Besitz fremder Mächte und sind damit unzugänglich. Die Zahl der Nachforschungsfälle ist erschreckend hoch. Das Schicksal von fast 1,3 Millionen ehemaligen Soldaten ist völlig ungeklärt, von denen sich 98000 Kriegsgefangene ein oder zwei Mal gemeldet haben. 27000 minderjährige Kinder suchen ihre Eltern und noch 28000 Eltern suchen ihre Kinder, die auf der Flucht oder bei der Austreibung aus den Ostgebieten verloren gingen. 75000 Zivilpersonen wurden nach dem Osten verschleppt. Das sind mehr als zwei Millionen Menschen, über deren Schicksal seit 1945 völliges Dunkel gebreitet ist. 20 Millionen Karten umfaßt das Zentralarchiv des Suchdienstes, eine Kartei des Schreckens, der Not und der Verzweiflung. Durch diese Zahlen wird das Vermisstenproblem keineswegs ganz erfaßt, denn viele Menschen sind verloren gegangen, die keine Angehörigen hatten, die eine Suchmeldung abgeben konnten. Täglich werden neue Fälle bekannt und die Zahlen werden trotz aller Erfolge der Suchdienstarbeit daher nicht kleiner, sondern erhöhen sich eher noch.

Durch die staatliche Zersplitterung Deutschlands nach dem Kriege war es erst verhältnismäßig spät möglich, die Arbeit des Suchdienstes durch öffentliche Mittel zu unterstützen. Sehr viel kostbare Zeit ging verloren, denn Zeit ist bei der Vermisstennachforschung besonders kostbar im buchstäblichen Sinn dieses Wortes. Die Menschen, die der Suchdienst befragen kann, vergessen im Lauf der Jahre vieles oder sterben. Die Zahl der Wissensträger wird daher immer kleiner und die Nachforschung hierdurch schwieriger und damit natürlich auch teurer. Wer daher der Suchdienst nur geringe Mittel für seine Arbeit zubilligt, spart dabei nicht nur nichts, sondern er verteuert die Arbeit erheblich, es sei denn, er wünscht gar nicht, daß die Nachforschungen fortgesetzt werden.

Infolge finanzieller Erwägungen sollen also Hunderttausende von Menschen auf unabschätzbare Zeit über das Schicksal ihrer Angehörigen in Ungewissheit bleiben, ist ein großer Teil der bisherigen Arbeit ungeset getan worden, bleiben die Möglichkeiten der Aufklärung unausgenutzt. Tausende von Heimkehrern kommen zur Freude der Familien und des ganzen Volkes aus der Sowjetunion zurück. Sie bringen einen wertvollen Schatz von Wissen mit über ihre Kameraden, die an der Ostfront vermißt wurden. Nur der Suchdienst mit seinen Einrichtungen und seinen erfahrenen Mitarbeitern könnte diesen Schatz heben. Statt dessen muß den Mitarbeitern nahegelegt werden, sich einen anderen Arbeitsplatz zu suchen und die Aufklärung der Vermisstenschicksale dem Zufall überlassen werden.

DKK ohne ausreichende Unterstützung

Mit Genugtuung stellt man fest, daß an anderer Stelle des Bundeshaushalts für die Pflege der deutschen Soldatengräber ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt sind. Auf das einzelne Grab umgerechnet

ergibt sich ein Betrag von 19 M. Würden die Mittel für den Suchdienst ebenfalls auf den einzelnen Nachforschungsfall berechnet, so kommt man bei günstigster Beurteilung auf nur 1,50 M. Hier aber geht es darum, lebenden Menschen zu helfen und sie aus der Ungewißheit herauszuführen. Deutschland begibt sich des Rechtes, wegen der Aufklärung des Schicksals der Vermissten an die Weltöffentlichkeit zu appellieren, wenn es nicht auch bereit ist, mit seinen eigenen Mitteln alles Erdenkliche zu tun, um dieses Problem zu lösen. Selbst bei den Ländern, mit denen diplomatische Beziehungen unterhalten werden, sind bisher noch keine ausreichenden Schritte unternommen worden, um ihre Unterlagen kennen zu lernen, welche sie über deutsche Soldaten haben, die in ihrem Gewahrsam und ihren Lazaretten verstorben sind oder von ihnen an andere Mächte ausgeliefert wurden.

Die Bemühungen des Deutschen Roten Kreuzes, mit dem Roten Kreuz der Sowjetunion in eine Verbindung zu kommen, haben keine offizielle Unterstützung erfahren. Selbst wenn man glaubt, in der Frage der Vermissten kurz treten zu müssen, um nicht andere politische Verhandlungen zu stören, sollte man wenigstens dem deutschen Roten Kreuz die Mittel und die Vollmachten geben, die ihm gestatten, das unbedingt Notwendige zu tun. Die staatliche Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg hat es mit sich gebracht, daß diese Aufgabe nicht vom Staat, sondern von den Wohlfahrtsverbänden, insbesondere dem Roten Kreuz, aufgegriffen und vorwärtgetrieben wurde. Hier müssen Versäumnisse festgestellt werden und um der verzweifelnden Menschen willen muß gefordert werden, daß das Versäumte umgehend nachgeholt wird. Das bedeutet organisatorisch, daß der Suchdienst des Roten Kreuzes offiziellen Charakter erhalten muß, indem er als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt wird. Das bedeutet aber weiterhin, daß im Bundeshaushalt Mittel vorgesehen werden, die in einem vernünftigen Verhältnis zur Größe der Aufgabe stehen.

Bei den Beratungen des Haushalts in diesen Wochen müssen die Wege gefunden werden, die zu diesem Ziel führen und die den Suchdienst aus der organisatorischen und finanziellen Unsicherheit herausbringen, die den Erfolg seiner Tätigkeit in den vergangenen Jahren in verhängnisvoller Weise beeinträchtigt hat.

Ungeduld vor BeginnVon H.G. Ritzel, MdB.

Am 12. Januar 1954 hielt Bundeskanzler Dr. Adenauer vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU eine Rede, in der er bedauerte, daß der französische Außenminister Bidault soeben gesagt habe, er werde mit unendlicher Geduld nach Berlin fahren und Adenauer fügte hinzu: "...auch die Geduld muß einmal ein Ende haben, sonst wird man zum Spielball fremder Interessen". In Wirklichkeit hat Bidault nach dem dpa-Bericht vor dem Nationalrat der Volksrepublikaner in Paris erklärt: "Wir werden mit endloser Geduld, aber mit dem festen Willen nach Berlin gehen, jede Gelegenheit zu Verhandlungen zu nutzen, die es der freien Welt gestatten werden, neuen Atem zu schöpfen, ohne ihre Grundsätze aufzugeben. Die französische Regierung wird sich in Berlin nicht auf einen Kuhhandel einlassen".

Bidault vertritt damit die gleiche Auffassung, die die Sozialdemokratische Partei immer vertreten hat, daß es nämlich besser sei, selbst jahrelang zu verhandeln, als einen Tag Krieg zu führen. Nach den zahlreichen Nachkriegskonferenzen kann die Berliner Konferenz den Charakter einer politischen Weltenerneuerung gewinnen, wenn die Verhandlungspartner wirklich - so wie Bidault es sagt - mit festem Willen, aber auch mit großer Geduld in Berlin verhandeln. Das Schicksal Deutschlands, wahrscheinlich sogar das Schicksal der Welt, hängt von der Beseitigung weltweiter Differenzen ab und die Berliner Konferenz kann im Guten wie im Bösen hierzu ein Auftakt sein.

Die russischen Verhandlungsmethoden sind aus einer grundsätzlich anderen Einstellung entscheidend anders als die westlichen Methoden und die Vorverhandlungen über das Tagungsgebäude sind ein neuer Beweis dafür und ein kleiner Vergeschmack für das, was kommen dürfte. Der bisherige österreichische Außenminister Karl Gruber erzählt in seinem aufsehenerregenden Buch "Zwischen Befreiung und Freiheit" (Ullstein-Verlag, Wien) recht anschaulich, daß die Schwierigkeiten

der Beziehungen zwischen Moskau und Washington nicht allein im vollkommenen Gegensatz der politischen Einrichtungen und Bestrebungen liegen, sondern daß sie auch weitgehend im Temperament der Russen und Amerikaner begründet sind. Er sagt wörtlich:

"Der Russe ist zögernd, vorsichtig und geduldig. 'Er liebt die Weite und Breite', wie Gogol in den 'Toten Seelen' sagt. Seine Art zu unterhandeln, ist nicht von dem dynamischen, drängenden Geschäftsgeist der modernen Welt erfüllt. Sie wurzelt vielmehr in uralten Bräuchen und Formen der östlichen Märkte. Russen lassen es, klare Angebote zu machen, Ihre Verhandlungstaktik besteht darin, sich zurückzulehnen und Nein zu sagen, bis der Widerpart an der Grenze seiner Geschäftswilligkeit und seiner Geduld angelangt ist.

Der Russe liebt es auch keineswegs, die Karten auf den Tisch zu legen. Ein Angebot des Gegners wird er selten als ehrlich, niemals aber als das letzte betrachten. Bietet man ihm hundert, ist er überzeugt, daß man bei hundertfünfzig abschließen will. Erklärt man ihm, das Angebot sei endgültig, wird er darin nichts als einen raffinierten Schachzug sehen. Im übrigen lebt der Russe in den Vorstellungen des östlichen Denkens. Eile ist seiner Meinung nach beim Unterhandeln vom Übel - die Dinge drängen nicht.

Gibt es einen größeren Unterschied als zwischen einem russischen und einem amerikanischen Unterhändler? Dem Amerikaner ist jede zögernde, tastende Verhandlungsführung ein Greuel. Sein Ideal ist eine rasche und präzise Vereinbarung; dann geht er ohne Zögern an die Organisation und an die Arbeit. Verhandeln ist für den Amerikaner offenbar unproduktiver Zeitverlust. Aufbau, Organisation und Leistung allein scheinen ihm jene Werte zu sein, die zählen. Etwas weiterzubringen, das ist die Parole. Das Aufeinanderprallen dieses im Aktiven und jenes im Passiven so starken Temperamentes kompliziert die Dinge weit über die natürlich gegebenen Interessengegensätze hinaus".

Die Aufgaben, deren Lösung die Welt von der Berliner Konferenz erwartet, sind so schwierig, umfassend und in ihrer Bedeutung für das Schicksal der Menschheit so groß, daß eine Angleichung der Temperamente und das Bestreben nach wirklicher Verständigung ohne eine geduldige Annäherung der verschiedenen Standpunkte nicht möglich ist. Es ist daher nicht gut, daß ausgerechnet von deutscher Seite schon vor dem Beginn der Konferenz Ungeduld gezeigt und behauptet wird, auch die Geduld müsse einmal ein Ende haben. Man soll doch zuerst einmal anfangen und mit allem guten Willen die Aufgaben anpacken, die der Konferenz gesetzt sind. Nicht nur das deutsche Volk, sondern die Völker der Erde blicken bei aller gebotenen Zurückhaltung voll Hoffnung und Vertrauen nach Berlin und sie erwarten von den dort demnächst versammelten Staatsmännern wirkliche staatsmännische Weisheit, ruhige und geduldige Behandlung der Gegensätze und kein stürmisches Drängen. Es steht zu viel auf dem Spiel!

Der weltliche Eid und die Scheidungsurteile

(sp) Seit dem 20. Oktober 1953 haben wir neben anderen überflüssigen Ministerien auch ein Familienministerium. Minister ist der streitbare Katholik Dr. Josef Würmeling. Ergebnis von 14 Wochen Arbeit dieses Ministeriums: Der personelle Aufbau soll angeblich beendet sein und Reden, viele, viele Reden des Ministers.

Eine aber verdient besonders erwähnt zu werden, die in Frankfurt vor einem nicht großen - so die "Frankfurter Allgemeine" - aber interessierten Kreis von Hörern gehalten wurde. Sie hörten die bereits bekannten Ausführungen Würmelings über die Demontage der Familie durch das heutige Scheidungsrecht, die angebliche staatliche Sanktionierung der Konkubinae und so weiter und so fort.

In einer Stelle aber hätten die Hörer stutzig werden sollen, als Dr. Würmeling, wieder nach dem Bericht der "Frankfurter Allgemeinen", den man als zutreffend unterstellen kann, ausführte:

"Er (Würmeling) schlug vor, einmal zu prüfen, wieviel Richter bei der Ablegung des Richtereides den religiösen Eid verweigerten und danach festzustellen, wie die Ehescheidung an jenen Gerichten gehandhabt werde".

Tiefes Schweigen herrscht in der Bundesrepublik, obwohl doch dieser Satz ein noch nie dagewesener Angriff auf die Unabhängigkeit der Richter und der Gerichte darstellt. Ja, indirekt ist dieser Satz sogar ein Verstoß gegen das Grundgesetz, das festlegt, daß niemand wegen seines Bekenntnisses benachteiligt werden darf. Denn Würmeling will sicherlich den Richtern mit der weltlichen Eidesformel kein Bundesverdienstkreuz verschaffen, sondern sie anspornern und damit benachteiligen, letzten Endes aber ist das auch der Beginn der geistigen Inquisition, und man kann noch nicht einmal annehmen, daß es sich um einen falschen Zungenschlag handelt, denn ähnliche Äußerungen sind in letzter Zeit schon zuviel gefallen.

Und in der Bundesrepublik, vor allem bei den Berufs- und Standesorganisationen und nicht zuletzt bei allen denen, die sich für ein unabhängiges Berufsbeamtenamt einsetzen, herrscht, wie gesagt, zunächst tiefes Schweigen. Wir können nur hoffen, daß es so still ist, weil im Trubel der Ereignisse diese Ausführungen des Ministers untergegangen sind. Es wäre ein sehr bedenkliches Zeichen, wenn darauf keine Reaktion erfolgte.

Verantwortlich: Peter Raunau